



Deutsch-Ungarische  
Industrie- und Handelskammer  
Német-Magyar  
Ipari és Kereskedelmi Kamara

## P R E S S E I N F O R M A T I O N

**Herausgeber:** Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK), Budapest  
**Datum:** 17. November 2022  
**Presse-Kontakt:** Dirk Wölfer, Bereichsleiter Kommunikation  
T: +36 (1) 345 7624, E-Mail: [woelfer@ahkungarn.hu](mailto:woelfer@ahkungarn.hu)  
[www.duihk.hu/presse](http://www.duihk.hu/presse)

### Deutsche Unternehmen in Ungarn wenig hoffnungsvoll

**Der aktuellen Konjunkturumfrage der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) zufolge ist das Geschäftsklima deutscher Unternehmen in Ungarn im Herbst 2022 auf ein Mehrjahrestief gefallen. Nach Ansicht der Kammer ist dieser Pessimismus vor allem auf die multiplen europäischen und globalen Krisen zurückzuführen, die derzeit auf der Wirtschaft lasten. Längerfristig könnten die grundlegenden Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung neue wirtschaftliche Chancen für die Region Mittel- und Osteuropa eröffnen – vorausgesetzt, die Länder können die richtigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen.**

Im Oktober führte die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer ihre zweite Konjunkturumfrage im Jahr 2022 durch. „Die Umfrage fand in einer der wirtschaftlich und politisch unsichersten Zeiten der letzten Jahrzehnte statt“ – betonte DUIHK-Präsident András Sávos bei der Präsentation der Ergebnisse. „Wir sind mit multiplen Krisen konfrontiert“ – sagte er. Er fügte hinzu: "Die russische Aggression gegen die Ukraine ist noch nicht vorbei, wir erleben eine seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Inflation und sind mitten in einer noch nie dagewesenen Energiekrise, während zugleich Klimawandel und Demografie nach wie vor enorme Anstrengungen erfordern.

#### **Geschäftsklima auf Tiefstand**

Die geschäftlichen Aussichten und die Konjunkturerwartungen in Ungarn wurden seit der Finanzkrise 2008/09 nicht mehr so schwach bewertet wie in der jetzigen Umfrage. Während die derzeitige Geschäftslage noch sehr positiv bewertet wird, haben sich die Aussichten für die nächsten 12 Monate im Vergleich zu den ohnehin schon schwachen Prognosen vom April noch einmal deutlich verschlechtert. Die Hälfte der Unternehmen rechnet damit, dass sich ihre eigene Geschäftslage in den nächsten 12 Monaten verschlechtern wird, für die Volkswirtschaft insgesamt sind es sogar fast 75 %.

Infolgedessen nehmen die Unternehmen auch ihre Investitions- und Beschäftigungsabsichten spürbar zurück: Fast jedes zweite Unternehmen plant, seine Investitionsausgaben zu kürzen.

Positiver sieht es bei der Beschäftigung aus: Zwar plant nur jedes fünfte Unternehmen Neueinstellungen, aber lediglich 15 Prozent denken an Personalabbau. Nach Einschätzung der Kammer ist dies auch dem Arbeitskräftemangel „zu verdanken“, der die Arbeitgeber dazu veranlasst, ihre derzeitige Belegschaft zu halten.

### Energiepreise und sinkende Nachfrage gefährden das Geschäft

Energiepreise waren schon in der Frühjahrsumfrage der DUIHK an die Spitze der Liste der wichtigsten Risikofaktoren gerückt. Auch jetzt nannten mehr als drei Viertel der Unternehmen dies als eines der größten Geschäftsrisiken.

Angesichts einer nahenden Rezession ist nun jedoch ein Rückgang der Nachfrage zum zweitgrößten Risiko geworden: Mehr als die Hälfte der Befragten haben diesbezüglich Befürchtungen.

Gleichzeitig hat der drohende Wirtschaftsabschwung zu einer deutlichen Verschiebung der Sicht auf den Fachkräftemangel geführt: Im Frühjahr hielten 61 % der Befragten dies für ein erhebliches Risiko – jetzt hat sich dieser Wert halbiert. Die Befragten erwarten zudem, dass die Bruttolöhne in den nächsten 12 Monaten um weitere 9-10% steigen werden.

Laut András Sávós bedrohen diese aktuellen Herausforderungen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, von denen viele ums Überleben kämpfen. Sávós forderte daher den Staat dazu auf, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die Zuliefererbasis keinen Schaden nimmt, da sonst auch die Großindustrie in größere Schwierigkeiten geraten könnte. "Wir brauchen gezielte Instrumente, um die Kontinuität der Lieferketten zu gewährleisten", sagte er.

### Neuordnung von Lieferketten – Chance für MOE?

Den Einschätzungen der Kammer zufolge haben die Corona-Krise und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einer Neubewertung der Bedeutung von Diversifizierung, Unabhängigkeit und "Resilienz" in der Wirtschaftspolitik und den Unternehmen geführt. Als Folge davon denken immer mehr Unternehmen darüber nach, ihr Zulieferernetz zu erweitern. Mittel- und Osteuropa, und darunter auch Ungarn könnten dabei ein präferiertes Ziel sein.

Nach Sávós muss sich Ungarn daher noch besser auf die strukturellen Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung vorbereiten. Er drängte darauf, dass das inländische Geschäfts- und Investitionsumfeld noch attraktiver zu gestalten. "Nur so können wir sicherstellen, dass Ungarn ein präferiertes Ziel sein wird, wenn internationale Unternehmensgruppen über Investitionsstrategien entscheiden", sagte er. Er fügte hinzu, dass Ungarn in diesem Bereich mit Ländern in der Region, aber zunehmend auch mit westeuropäischen Ländern konkurriert. "Wir möchten, dass Ungarn in diesem Nearshoring-Prozess eine größere Rolle spielt. Dazu müssen wir das Vertrauen der Investoren stärken, was einen transparenten wirtschaftspolitischen Rahmen voraussetzt, der für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgt." - erklärte Sávós.

### Energiekrise: Rückgang des Betriebsergebnisses, Weitergabe der Mehrkosten

Zwei Drittel der Unternehmen befürchten, dass die Energiekrise zu einem Rückgang des Betriebsergebnisses führen wird. Darunter leiden auch geplante Investitionen: eines von drei Unternehmen plant eine Verschiebung, allerdings wollen nur rund 10% Investitionen komplett streichen.

Um negative Folgen zu kompensieren, will mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen die energiebedingten Mehrkosten an die Kunden weitergeben – was teilweise den Anstieg der Inflation erklärt.

Einer der wenigen positiven Aspekte der Energiekrise ist der Umfrage zufolge, dass jedes zweite Unternehmen Maßnahmen zur Energieeinsparung oder für mehr Energieeffizienz ausweiten will.

***Die kompletten Ergebnisse der diesjährigen Umfrage und früherer Jahrgänge stehen auf der DUIHK-Homepage kostenlos zum Download zur Verfügung:***

**Zum Download**

## HINTERGRUND

### ÜBER DIE UMFRAGE

Die Konjunkturumfrage wurde zwischen dem **4. und 21. Oktober 2022** durchgeführt, insgesamt haben **107 Firmenleiter** daran teilgenommen.

**AHK World Business Outlook:** Zweimal im Jahr führt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) eine weltweite Konjunkturumfrage durch, die von den Deutschen Auslandshandelskammern (AHK) durchgeführt wird und die Grundlage für den "AHK World Business Outlook" (WBO) bildet. Im Herbst 2022 beteiligten sich insgesamt **3.100 Unternehmen in 76 Ländern** an diesen Umfragen. Die WBO kann von der DIHK-Website [unter diesem Link](#) heruntergeladen werden.

### ÜBER DIE DEUTSCH-UNGARISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER (DUIHK)

Die 1993 gegründete DUIHK ist die offizielle Vertretung der deutschen Wirtschaft in Ungarn und mit etwa 900 Mitgliedsunternehmen der größte bilaterale Unternehmensverband des Landes. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Förderung der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Grundprinzipien ihrer Tätigkeit sind Kundenorientierung, Bilateralität und parteipolitische Neutralität. Damit steht sie auch in der Tradition der 1920 gegründeten Deutsch-Ungarischen Handelskammer.

Die DUIHK ist Plattform für direkte Unternehmenskontakte, bietet Firmen umfangreiche, praxisorientierte Dienstleistungen und Informationen, vertritt die Interessen ihrer Mitglieder und beteiligt sich an der kontinuierlichen Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Die DUIHK ist offiziell anerkanntes Mitglied des weltweiten Netzes deutscher Auslandshandelskammern (AHK) an über 140 Standorten in 92 Ländern. Sie ist die offizielle Vertretung der Freistaaten Bayern und Sachsen in Ungarn.